

Antrag 25/II/2025**KDV Steglitz-Zehlendorf****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Ausbildungsjahre sind keine Herrenjahre war gestern**

- 1 Die SPD-Bundestagsfraktion sowie die SPD-Mitglieder der
 2 Bundesregierung werden aufgefordert:
 3 • Die SPD- Bundesfraktion sowie die SPD-Mitglieder
 4 der Bundesregierung werden aufgefordert möglichst schnell die Ausbildungsumlage umzusetzen:
 5 Unternehmen, die keine Ausbildungsplätze anbieten,
 6 obwohl sie ökonomisch dazu in der Lage wären, sollen verpflichtend eine Ausbildungsumlage
 7 zu leisten. Die Einnahmen daraus sind zweckgebunden für die Förderung und Finanzierung von Ausbil-
 8 dungsplätzen einzusetzen.
 9 • Zugang für Geflüchtete erleichtern: Der Weg in die
 10 Ausbildung ist für Geflüchtete zu erleichtern – u.
 11 a. durch eine unbeschränkte Ausbildungserlaubnis,
 12 rechtliche Sicherheit über die gesamte Dauer der
 13 Ausbildung hinweg sowie durch gezielte Förderpro-
 14 gramme. So werden Hürden abgebaut und zusätz-
 15 liche Fachkräftepotenziale für die Gesellschaft er-
 16 schlossen.

20

Begründung

21 Ausbildungen sind die Grundlage einer gerechten Arbeits-
 22 gesellschaft und die Eintrittskarte junger Menschen in ein
 23 selbstbestimmtes Berufsleben. Doch noch immer gilt für
 24 Auszubildende nicht das, was für alle anderen Beschäf-
 25 tigten selbstverständlich ist: der Anspruch auf den ge-
 26 setzlichen Mindestlohn. Stattdessen werden sie im Rah-
 27 men des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) von den Schutz-
 28 mechanismen des Mindestlohngesetzes (MiLoG) ausge-
 29 nommen. Viele werden dadurch trotz Vollzeittätigkeit in
 30 Armut gedrängt oder brechen ihre Ausbildung ab. Beson-
 31 ders betroffen sind Jugendliche aus einkommensschwa-
 32 chen Familien: Für viele von ihnen ist eine Ausbildung der
 33 einzige realistische Bildungsweg, während zugleich fami-
 34 liäre Rücklagen fehlen, um niedrige Vergütungen abzufe-
 35 dern. Damit werden gerade diejenigen doppelt benachtei-
 36 ligt, die ohnehin in prekären Verhältnissen leben.

37 Das Mindestlohngesetz (§ 22 Abs. 3 MiLoG) schließt Aus-
 38 zubildende ausdrücklich vom Anspruch auf den Mindest-
 39 lohn aus. Für sie gilt § 17 BBiG, das lediglich eine „an-
 40 gemessene Vergütung“ vorsieht. In der Praxis bedeutet
 41 das: Im Jahr 2025 beträgt die Mindestausbildungsvergü-
 42 tung im ersten Lehrjahr 649 Euro brutto, im dritten Lehr-
 43 jahr häufig weniger als 900 Euro. Laut Bundesinstitut für
 44 Berufsbildung lag die durchschnittliche Vergütung 2023
 45 zwar bei 1.066 Euro, im Handwerk jedoch nur bei 744 Eu-
 46 ro. Im Friseurhandwerk oder in der Bäckerei liegt sie noch

Empfehlung der Antragskommission**Annahme (Konsens)**

48 darunter. Gleichzeitig kostet ein WG-Zimmer in Berlin im
49 Schnitt 550– 600 Euro – nach Abzug der Miete bleibt
50 kaum Geld für Lebensunterhalt, Fahrkarten oder Lernmit-
51 tel.
52 Viele Auszubildende leisten eine 40-Stunden-Woche, teils
53 mit Schicht- und Wochenenddiensten. Trotzdem liegt ihre
54 Vergütung oft unterhalb des Existenzminimums. Um ih-
55 ren Lebensunterhalt zu sichern, sind sie gezwungen, ne-
56 ben der Ausbildung zu jobben – eine Doppelbelastung,
57 die zu Überforderung, gesundheitlichen Problemen und
58 nicht selten zum Abbruch führt. Rund ein Viertel aller Aus-
59 bildungsverhältnisse wird vorzeitig beendet, in Branchen
60 wie Gastronomie oder Hotellerie liegt die Quote bei über
61 30 %.
62 Die Folgen sind gravierend: Fachkräfte fehlen, Ausbil-
63 dungsplätze bleiben unbesetzt, gerade im Handwerk ver-
64 schärft sich der Nachwuchsmangel. Dass ausgerechnet in
65 den Berufen, die für Infrastruktur und ökologischen Um-
66 bau unverzichtbar sind, die Vergütung nicht reicht, macht
67 diesen Widerspruch besonders deutlich. Wer eine Aus-
68 bildung beginnt, muss diese sprichwörtlich „finanzieren
69 können“ – Ausbildung wird so zur Armutsfalle.
70 Damit wird nicht nur Arbeitskraft ausgebeutet, sondern
71 auch die gesellschaftliche Rolle von Auszubildenden ent-
72 wertet. Ohne sie gäbe es weder Straßen, auf denen wir
73 fahren, noch Gebäude, in denen wir leben, noch die Ver-
74 sorgung, auf die wir alle angewiesen sind. Ihre Arbeit ist
75 unverzichtbar und verdient Anerkennung – mindestens in
76 Höhe des gesetzlichen Mindestlohns.
77 Der Ausschluss vom Mindestlohn ist ein überholtes Relikt
78 und widerspricht dem sozialpolitischen Grundgedanken,
79 allen Beschäftigten ein Leben oberhalb der Armutsgrenze
80 zu ermöglichen. Er untergräbt das Vertrauen junger Men-
81 schen in die Fairness unseres Systems und schwächt die
82 Glaubwürdigkeit einer SPD, die für „Gute Arbeit“ steht.
83 Wer Ausbildungsberufe stärken und Fachkräftemangel
84 wirksam bekämpfen will, muss daher endlich für faire Ver-
85 gütung sorgen. Mindestlohn für Auszubildende ist keine
86 Prämie, sondern eine Frage der arbeitsrechtlichen Fairness
87 und sozialen Gerechtigkeit. Gleichzeitig braucht es Flan-
88 kierung: Förderprogramme für kleinere Betriebe und ei-
89 nen verbindlichen Ausbildungs-Solidarbeitrag von Unter-
90 nehmen, die keine Ausbildungsplätze anbieten.

91